

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kersch. Druck: A. Bergmann, Buch- u. Verlagsdruckerei in Chemnitz. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 3.00 Mark pro Quartal. Fernsprechnummer: 1111. Postfach: 1111.

Abonnementpreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 2.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 2.00 Mark. Bei der Post bezahlt vierteljährlich 6.50 Mark, monatlich 2.50 Mark. Erscheint täglich in den Sonntagsausgaben mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsabnehmer und Ausgabehelfer, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Abonnementpreise: Die Abgabepunkte befinden sich in Chemnitz, Dresden, Leipzig, Bismarckstr. 1. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 2.00 Mark. Bei der Post bezahlt vierteljährlich 6.00 Mark, monatlich 2.00 Mark. Erscheint täglich in den Sonntagsausgaben mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsabnehmer und Ausgabehelfer, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

№. 113.

Mittwoch, den 18. Mai 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Korfanty hat mit einem Telegramm an die Interalliierte Kommission den Rückzug angetreten, so daß mit der Beendigung des Polenaufstandes in Oberschlesien gerechnet werden darf.

Wie Temps mitteilt, hat die Vorkonferenz in der letzten Woche einstimmig verlangt, daß die Frage der Entsendung alliierter militärischer Verstärkungen nach Oberschlesien unverzüglich geprüft werde.

Der amerikanische Kommissar für die Rheinlande Robert Healy, Frankreich sei entschlossen, in das Ruhrgebiet einzudringen. Die einzige Lösung für die Vereinigten Staaten sei dabei, England bei seinem Widerstand gegen den französischen Plan zu unterstützen.

Kablenbach berichtet aus London, daß die Mißverständnisse, die zwischen Briand und Lloyd George zu bestehen schienen, zum größten Teil beseitigt erschienen.

Nach den letzten Nachrichten sind Giolitti und alle Minister, sowie die ehemaligen Ministerpräsidenten Orlando, Salandra und Ritti wieder gewählt worden.

Der Vertreter der Neuen Züricher Zeitung in Shanghai meldet, daß die Lage in China immer trostloser werde und daß das chinesische Reich in kürzester Zeit in drei oder vier Teile zerfallen werde.

Zusammenbruch des Polenaufstands.

Korfanty bietet die Räumung an!

Der polnische Exekutivrat, an dessen Spitze Korfanty steht, hat an die Interalliierte Kommission in Lüttich ein Telegramm folgenden Inhalts gerichtet:

Oberschlesien hat sich 12 Tage lang im Aufstand befunden. Das polnische Volk hat niemals den Anspruch erhoben, durch Gewalt zu triumphieren, aber es hat sein Leben für seine heiligen Rechte (!) hingeworfen. Der Ausschuss gibt zu, daß in der Leidenschaft des Aufstandes die Grenzen der Mäßigkeit überschritten worden sind, aber unsere begehrtesten Streikkräfte sind nunmehr bereit, einen Rückzug anzutreten, groß genug, um zu sichern, daß die Feindseligkeiten mit den Deutschen sofort aufhören, vorausgesetzt, daß das Gebiet, das sie räumen, von alliierter Truppen und nicht von deutschen Truppen besetzt wird. Wir werden keinen Zoll Boden an die Deutschen überlassen, aber wir werden ihn der alliierten Kommission überlassen. Wir bitten demgemäß, daß die geräumte Zone von den Alliierten besetzt werde, so daß die polnische Bevölkerung nicht unter Vergeltungsmahregeln zu leiden hat, wie sie bereits vorgenommen sind.

Es muß abgewartet werden, inwieweit diese Zusage Korfantys eine ehrliche Absicht oder ein mit Verondb vereinbarter bluff ist, um der Auffassung Lloyd Georges das Wasser abzugraben. Korfanty wird das Angebot schwerlich ohne die weitestgehenden französischen Garantien gemacht haben, und darum ist für uns höchste Vorsicht geboten. Wir sind von den Polen so oft hintergangen worden, daß wir auch hinter diesem scheinbaren Rückzuge schwere Gefahren vermuten müssen.

Die Selbständigkeit der Interalliierten Kommission.

Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph schreibt, daß Korfanty und seine Anhänger sich tatsächlich im Besitze des Gebietes der Interalliierten Kommission stets von dem Gesichtspunkte betrachten, daß sie ihre Beschlüsse unter dem Schutze oder unter der Drohung der polnischen Bajonette fassen. Das sei kaum mit der Würde der alliierten Mächte zu vereinigen.

Polen versucht sich ein zu wachen.

Die polnische Gesandtschaft in London veröffentlicht eine Mitteilung, die sich dagegen wendet, daß Polen niemals den Friedensvertrag verächtlich behandelt habe. Ferner wird gesagt, daß die polnische Regierung hinsichtlich Oberschlesiens vor einigen Tagen gebeten habe, daß die Alliierten ihre Entsendung von Truppen ablehnen möchten. Polen beabsichtigt, sich dieser Entscheidung zu fügen.

Italienische Annäherung an die polnische Lösung?

Corriera della Sera schreibt, Italien scheint versuchen zu wollen, in dem Konflikt zwischen Frankreich und England hinsichtlich Oberschlesiens die englische und französische Auffassung miteinander zu versöhnen, aber in einer Form, die beinahe eine völlige Befriedigung der polnischen Forderungen nach dem Besitze des gesamten ober-schlesischen Kohlenbeckens darstelle. Es sei angebracht, daß die Regierung der Deffektivität ihre Gründe auseinandersetze, weshalb sie die Auslegung befürworte, die die italienische Diplomatie von der englischen entferne, in einem Augenblick, wo beide Nationen die Aufgaben hätten, die Achtung vor den Verträgen durchzuführen.

Englische ...

Daily Express zufolge hat Frankreich eine neue Denkschrift der englischen Regierung zugestellt worden, in

der darauf hingewiesen wird, daß die Rede Lloyd Georges in Frankreich augenscheinlich nicht verstanden (1) worden sei, insbesondere seine Erklärung wegen der Erlaubnis, die Deutschland erhalten solle, in Oberschlesien einzugreifen. Das Blatt sagt weiter, die englische Regierung wolle, daß alle maßgebenden Schritte unternommen würden, um die Erfüllung des Friedensvertrages sowohl durch die Polen als auch durch die Deutschen zu sichern.

Furchtbare Bluttat der Korfanty-Banden.

In Nicolai wurden in der Nacht zum Dienstag, nach dem Abzug der Italiener, sieben Deutsche, die sich an der Verteidigung von Nicolai an der Seite der Italiener beteiligt hatten, aus dem Bett geholt und in Unterleibung sofort erschossen. — Es sieht Verordnungen der Deutschen in Oberschlesien aus! Aus Oberschlesien liegen im übrigen heute nur wenige Nachrichten vor, die aber erkennen lassen, daß die Lage unverändert ist. Im Landkreis Beuthen und im Kreise Kofel haben Schießereien stattgefunden. Bei Kofel wurde sehr stark mit Minen geschossen. Aus Warschau liegen Berichte vor, daß die Werbestrosch trotz des Verbotes der Warschauer Regierung ihre Tätigkeit fortsetzen, nur mit dem Unterschiede, daß dies früher offen, jetzt aber verhehelt in noch viel größerem Umfange geschieht. Auch die Werbung für die Freiwilligen-Bataillone wird in großem Maße fortgesetzt.

Die Ergänzung der Reichsregierung

Nach der Ablehnung Generaldirektor Cunos von der Hagap wurden mit dem leitenden Direktor der Krupp-Gesellschaft Dr. Wiefeld Unterhandlungen eingeleitet, über deren Verlauf noch nichts Näheres bekannt ist. Es scheint, als wolle man Dr. Wiefeld in zweiter Linie auch das Wiederaufbauminiisterium antragen. An seiner Vereinstätigkeit wird noch sehr gezweifelt. Andere Bemühungen zielen darauf ab, die Deutsche Volkspartei doch noch in irgendeiner Form zum Eintritt in das Ministerium, in dem noch drei Portefeuilles frei sind, zu bewegen. Auch darüber ist noch nichts Bestimmtes bekannt. Die Schwierigkeiten liegen hier auf steuerlichem Gebiete, und wurden durch Neuerungen einiger Mitglieder der Volkspartei, die gerade jetzt für einen Abbau der Steuern eintreten, noch vermehrt. Auch bayerische Politiker sollen angeblich zur Komplettierung des Kabinetts herangezogen werden, da Bayerns stetige Hilfe in der Ausführung der Entwaffnungsbedingungen des Ultimatums dringend nötig erscheint. Neben allen diesen Kombinationen erhebt sich weiter noch der Plan, das Kabinett in seiner bisherigen Gestalt für einige Zeit zu belassen und dem Reichskanzler Dr. Wirth einen Berufsdiplomaten als Staatssekretär zur Führung des auswärtigen Amtes an die Seite zu stellen. Für diesen Staatssekretärsposten werden die Namen der deutschen Gesandten in Haag, in Wien und am Vatikan genannt.

Die Nachfolge Dr. Simons.

Die durch den Rücktritt des Ministerialdirektors Dr. Goppert notwendig gewordene Neubesetzung des Postens eines Leiters der Friedensabteilung im auswärtigen Amte ist, wie das W. T. hört, zunächst provisorisch erfolgt. An Dr. Gopperts Stelle ist Geheimrat Koepke getreten, der der deutschen Delegation auf der Londoner Konferenz als Generalsekretär betrautet war. Was die Neubesetzung des noch vakanten Außenministeriums betrifft, so wird der Reichskanzler zunächst die Geschäfte des auswärtigen Amtes weiterführen; es wird der Plan erwogen, für die Übergangszeit einen besonderen Staatssekretär mit der Geschäftsführung im engeren Sinne des Wortes zu betrauen.

Die Zukunft der Reichseisenbahnen

Der Wirkliche Geheimrat Dr. Kirchhoff hat sich vor kurzem im Sachverständigenbeiräte des Reichsverkehrsministeriums wie hier schon über die Zukunft der deutschen Eisenbahnen in einem beachtenswerten Vortrag geäußert. Dr. Kirchhoff tritt seit langer Zeit für eine Umstellung des gesamten Eisenbahnwesens auf kaufmännische Grundlagen ein. Er will kaufmännische Bilanzen und eine kaufmännische Gewinn- und Verlustrechnung einführen. Im Jahre 1920 waren für die Reichseisenbahnen 29 Milliarden Mark erforderlich, im Jahre 1921 rund 31 Milliarden Mark. Wenn nun auch der Verkehrsminister durch Sparmaßnahmen, wie Kirchhoff jetzt ausführte, etwa 5 Milliarden Mark einsparen will, sind die Verhältnisse der Reichseisenbahnen damit noch nicht grundlegend gebessert. Die Schwierigkeit liegt darin, daß diejenigen, die über die Ausgaben zu beschließen haben, also das Reich und das Reichsverkehrsministerium, nicht auch die Einnahmen vollkommen in der Hand haben. Hinderlich wirkt da der Vertrag, den das Reich mit den sogenannten Eisenbahnländern geschlossen hat. Solange dieser Vertrag in seiner jetzigen Form bestehen bleibt, bleiben die Eisenbahnländer die Kostträger des Reiches. Die Souveränität des Reichsverkehrsministeriums muß aber unbedingt gewahrt werden, wenn wir zu geordneten Zuständen kommen wollen.

Man kann Kirchhoff durchaus zustimmen, wenn er behauptet, daß dieser Gedanke mit der notwendigen Zentralisation gar nicht in Widerspruch steht. Die Zentralisation darf sich aber nur in den ausführenden Organen der Verwaltung bemerkbar machen, die Spitze des gesamten Verkehrswesens muß jedoch vollkommen frei bestehen und darf nicht durch den Vertrag mit den Eisenbahnländern gebunden sein. Der Gedanke, kaufmännische Grundlagen für die Verwaltung der Eisenbahnen zu schaffen, scheint der einzige zu sein, der einen wirklich neuen Gesichtspunkt bringt. Mit Erhöhung der Tarife, mit Sparmaßnahmen und dergleichen mehr, so nutzbringend derartige Dinge für den Augenblick sein mögen, kommen wir nicht weiter. Die Notwendigkeit, unser gesamtes Wirtschaftsleben auf eine vollkommen neue Grundlage zu stellen, muß sich auch in der Eisenbahnpolitik durchsetzen.

Die Untersuchung gegen Holz.

Die Untersuchung gegen Holz ist in den letzten Tagen ebenfalls fortgesetzt worden, um ein möglichst geschlossenes Bild über das Treiben des vogtländischen Räuberhauptmanns zu gewinnen. Unter den vielen Zeugen, die vernommen wurden, befand sich auch der jetzige Bürgermeister von Falkenstein, der u. a. feststellte, daß die kommunistische Bewegung in Falkenstein sehr viele Anhänger verloren habe und daß man sich nach Rückkehr der regulären Zustände sehne. Holz selbst behauptet, daß auch er das Bestreben gehabt habe, geordnete Zustände (!) in Falkenstein herbeizuführen, daß aber die Fabrikanten, mit dem früheren Bürgermeister an der Spitze, sich energisch dagegen gewehrt und vor allem verhindert hätten, daß an Stelle der Spigen, und Gardinenindustrie, für die es nicht genug Arbeit gab, in Falkenstein eine andere Industrie heimisch gemacht würde. So habe man geplant, ein großes chemisches Werk in Falkenstein zu errichten. Das sei aber von den Fabrikanten mit allen Mitteln hintertrieben worden. Holz steht übrigens auf dem Standpunkt, daß er seine strafbaren Handlungen nur aus militärischen Gründen als Revolutionär (?) begangen habe. Einem der Zeugen, der ihn gelegentlich fragte, warum er denn die Häuser der gänzlich unbeteiligten Falkensteiner Willenbesitzer niedergebrannt habe, fertigte Holz kurzerhand mit den Worten ab: Das verstehen Sie nicht! Die Staatsanwaltschaft ist bemüht, zu erkunden, wohn die riesigen Beträge gekommen sind, die Holz in Plauen und in anderen Orten des Vogtlandes erpreßt hat. Es ist zwar erwiesen, daß er für die Arbeitslosen in Falkenstein und auch zum Unterhalt seiner roten Garde große Beträge gebraucht hat, aber man hat Gründe zu der Annahme, daß er noch erhebliche Summen irgendwo versteckt hat. Holz lehnt natürlich jede Auskunft darüber mit der Begründung ab, daß das Urteil über ihn ja doch längst gefällt sei und daß man mit ihm nur noch Formalitäten erledige.

Abänderung der Sondergerichtsverordnung.

Nachdem der Reichstag in seiner Sitzung vom 12. d. Mts. auf Vorschlag des Rechtsausschusses die Reichsregierung ersucht hat, zur Verbesserung der Rechtsstellung des Beschuldigten einige Änderungen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März über die Bildung außerordentlicher Gerichte zu veranlassen, hat der Reichspräsident eine Verordnung zur Abänderung seiner früheren Verordnung über die außerordentlichen Gerichte erlassen. Nach den neuen Bestimmungen soll die Anklage vor den außerordentlichen Gerichten nur dann erhoben werden, wenn die Tat mit der aufrechterhaltenen Bewegung aus dem März d. J. in Verbindung steht. Straftaten von Personen unter 18 Jahren sollen vor den außerordentlichen Gerichten nicht verfolgt werden. Die Verteidigung ist in allen Fällen notwendig, die ohne diese Verordnung vor dem Reichsgericht in erster Instanz oder vor dem Schwurgericht zu verhandelt wären. An Stelle der bisherigen nur 24stündigen Einlassungsfrist zwischen Ladung zum Termin und dem Termin selbst tritt nunmehr eine Frist von drei Tagen, auch muß in Zukunft jedem Angeklagten eine Anklageschrift vor dem Termin zugestellt werden. Die wesentlichste Abweichung von dem bisherigen Verfahren besteht darin, daß die Beweisaufnahme künftig nicht mehr in das Ermessen des Gerichts gestellt ist.

Kleine politische Meldungen.

Die ersten deutschen Zahlungen. In Jiffre fünf des Ultimatums hatte sich die deutsche Regierung verpflichtet, innerhalb 15 Tagen eine Milliarde Goldmark in Gold oder anerkannten Devisen oder in deutschen Schatzanweisungen mit dreimonatiger Laufzeit zu zahlen. In Ausübung dieser Verpflichtung hat die deutsche Regierung entsprechend ihrem Beschlusse in dem Vermittlungsantrag an die amerikanische Regierung der Reparationskommission zunächst eine sofortige Zahlung von 150 Millionen Goldmark fest ganz in ausländischen Devisen angeboten. Sobald die Reparationskommission die Empfangsbescheinigung hat, werden die 150 Millionen Goldmark überwiesen werden. Der Ablauf der 15-tägigen Frist, also Ende Mai, wird der Reparationskommission eine weitere Zahlung in das, was Rest in deutschen Schatzanweisungen gestellt werden. Wie wir hören, sind Dispositionen getroffen worden, welche die Einlösung dieser Schatzanweisungen innerhalb des vorgeschriebenen Zeitraumes sicherstellen.

ung scheint
eigentlich
von Unter-
sicht blau
lassen, und
von
die Engländer
in dem
in in
eger wähl-
sä u n e n
umanteltes
ungeheure
ngen West
ähnlichen
aber gilt
bei immer
ndten Ro-
den Grün-

STIN
Fülle
Offene
Kochschalen
Haut.
Werk
GKE

1366

der
3.
ren
eld.
und alle
Stoff-
ben.
mer
le
ts-
haus
ines sein)
end von
geschult
geschult.
Frei sein.
Soll mit
hl. b. 11.

ur
u,
1 lfs.

ts-
(Harn-
spez.
Innes-
penden
voll an
S. 4.
mch-
Sant.
e Bro-
frelw.
Angabe
ohne
Gilt,
Schrift
Schrift
die Ab-
angeb.